

## **Friedensprozess in Kolumbien verlangt Engagement der Schweizer Akteure**

**Die Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC sind trotz Verzögerung auf einem guten Weg – für einen dauerhaften Frieden gibt es noch viele Herausforderungen zu meistern. Schweizer Akteure aus Politik und Wirtschaft können einen bedeutenden Beitrag für einen erfolgreichen Friedensprozess leisten, indem sie ihre Verantwortung im Friedensprozess wahrnehmen.**

In Havanna wurden Teilabkommen in den Bereichen ländliche Entwicklung, politische Teilhabe, Drogenproblematik, zum Umgang mit Opfern des Konflikts und zur Übergangsjustiz unterzeichnet, welche die Grundlage für einen langfristigen Frieden legen. Die grossen Herausforderungen sieht die *ask!* in der Umsetzung des Abkommens.

### **Wirtschaftliche Entwicklung und Landrückgabe – Schweizer Unternehmen stehen in der Pflicht**

Ein dauerhafter Frieden bedingt soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung. Diese Themen waren jedoch nicht Gegenstand der Verhandlungen auf Kuba. Die *ask!* begrüsst grundsätzlich die sich nun eröffnenden Chancen in Kolumbien, befürchtet durch den zu erwartenden Entwicklungsschub jedoch neue Menschenrechtsverletzungen. Die *ask!* sieht insbesondere bei der gerechten Verteilung und Rückgabe von Land, bei den Mitsprachemöglichkeiten der ländlichen, lokalen Bevölkerung sowie bei würdigen Arbeitsbedingungen Handlungsbedarf. Ausländische Unternehmen profitieren von den erleichterten Bedingungen, Bewilligungen für die kommerzielle Nutzung von Land zu erhalten. Gleichzeitig ist die Rückgabe von Land an Vertriebene erschwert und die Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung bei grossen Investitionsvorhaben nicht garantiert. In Kolumbien gibt es nach aktuellen Zahlen des UNHCR 5.7 Mio. intern Vertriebene, Landrechts- und UmweltaktivistInnen sowie Gewerkschaftsangehörige gehören zur grössten Opfergruppe von Menschenrechtsverletzungen. Schweizer Unternehmen mit Tätigkeit in Kolumbien sind aufgefordert, ihren Beitrag für einen nachhaltigen Frieden zu leisten. Umwelt- und Menschenrechtsstandards müssen im Rahmen einer umfassenden Sorgfaltspflicht eingehalten werden, um nicht neue Opfer hervorzubringen.

### **Gewaltzunahme durch Machtvakuum – internationale Gemeinschaft ist gefordert**

Durch den Rückzug der FARC entsteht ein Machtvakuum, wovon andere bewaffnete Gruppierungen profitieren. So kam es in den vergangenen Wochen zu einer Zunahme an Morden, welche paramilitärischen Gruppen zugeschrieben werden. Das Risiko einer Gewaltzunahme in Kolumbien wird nach einer Demobilisierung der FARC als erhöht eingeschätzt. Um dies zu verhindern, ist die internationale Gemeinschaft gefragt, die Umsetzung der Vereinbarung zu überwachen. Die Schweizer Regierung ihrerseits kann einen bedeutenden Beitrag für einen dauerhaften Frieden leisten, indem sie den Friedensprozess unterstützt und die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards einfordert.

Die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla war ursprünglich für den 23. März geplant. Trotz Verzögerung sind sich ExpertInnen im Umfeld der *ask!* einig, dass es spätestens bis Ende Jahr zu einem Abschluss der Verhandlungen auf Havanna kommen wird. Die Unterzeichnung eines Abkommens wäre ein historischer Moment im seit 51 Jahren dauernden bewaffneten Konflikt in Kolumbien.

*Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien ask! leistet politisch unabhängige Informations- und Lobbyarbeit. Die ask! verfolgt aktiv den laufenden Friedensprozess und setzt sich für den Austausch zwischen wichtigen Organisationen und Basisgruppen in Kolumbien sowie Akteuren in der Schweiz ein.*

*Kontakt: Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien ask!, Stephan Suhner, Stellenleiter. Tel: +41 31 311 40 20*